

Ein „Gerechter unter den Völkern“

Wilhelm Hammann: Lehrer, KZ-Insasse, Retter jüdischer Kinder

Benjamin Ortmeier

Es ist und bleibt das Verdienst von unserem GEW-Kollegen Bernd Heyl, dass er zusammen mit anderen hartnäckig dafür gekämpft hat, dass die Erinnerung an Wilhelm Hammann, trotz aller Widerstände aus dem deutsch-nationalen Lager, in Hessen nicht unter die Räder des Geschichtsrevisionismus kommt.

Wer war Wilhelm Hammann? Darüber müsste man ein dickes Buch schreiben und es ist kein Geheimnis, dass der Kollege Bernd Heyl die nötigen Unterlagen, das nötige Wissen und die nötigen Fähigkeiten besitzt, ein solches Buch zu schreiben. Und er ist gerade dabei.

Bis 1933:

Lehrer und KPD-Abgeordneter

Wilhelm Hammann, 1897 geboren, trat zunächst nach dem Ersten Weltkrieg der USPD bei. Mit vielen anderen wechselte er 1919 zur KPD. In der Nähe von Darmstadt arbeitete er ab 1920 als Lehrer. Gleichzeitig wurde er Abgeordneter der KPD im Hessischen Landtag, wo er wohl als erster 1928 die Abschaffung der Prügelstra-



Privatbesitz / Reproduktion Gedenkstätte Deutscher Widerstand

fe in den Schulen forderte, was vom Landtag jedoch mehrheitlich abgelehnt wurde.

Er unterstützte auch die kämpferische Belegschaft von Opel in Rüsselsheim, zeichnete als Verantwortlicher für die Betriebszeitung. Nach einem Einsatz der hessischen Polizei unter dem damaligen Innenminister Wilhelm Leuschner wehrte sich die Opel-Betriebszeitung sinngemäß gegen die „Polizeihorden des Minister Leuschner“. Die Folge: Wilhelm Hammann wurde unter Minister Leuschner, der vorher ein rassistisches Gesetz gegen das angebliche „Zigeunerunwesen“ verantwortet hatte, im Rahmen eines Disziplinarverfahrens als Lehrer entlassen. Wegen seiner Arbeit für die KPD wurde er später auch in der Amtszeit dieses Ministers erneut als „Rädelführer“ verurteilt und kurzzeitig in Haft genommen.

Nach 1933: KZ Buchenwald

Im April 1933 wurde Hammann von den Nazis festgenommen und körperlich schwer misshandelt. Danach wurde er kurzzeitig entlassen. Im Februar 1935 wurde er erneut in Haft genommen und wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, die er im Zuchthaus Marienschloss in Rockenberg verbüßte, wie die Gedenkstätte Deutscher Widerstand auf ihrer Homepage mitteilt. Im Anschluss an diese Haft wurde er 1938 als „unverbesserlich“ in das KZ Buchenwald verbracht, wo er im illegalen kommunistischen Widerstand aktiv war. Es wurde organisiert, dass er Blockältester im Kinderblock mit mehreren hundert Kindern wurde. Als Kommunist und Pädagoge unterrichtete und schützte er die Kinder, so gut es ging.

In der dramatischen Schlussphase des KZ Buchenwald, als Anfang April 1945 die Evakuierung der jüdischen Häftlinge mit den „Todesmärschen“ begann, rettete Hammann gemeinsam mit Häftlingen der Schreibstube alle 159 jüdischen Kinder in seinem Block. Die gelben Winkel wurden entfernt, die Häftlingskartei wurde präpariert und den SS-Leuten versichert, die Kinder wären nicht mehr im Block, sondern schon auf dem Evakuierungsmarsch, der real ein mörderischer Todesmarsch war. Sie waren noch im Block, und so konnte Wilhelm Hammann mit „seinem“ Kindern das Ende des Nazi-KZ Buchenwald überleben.

Ab 1945:

Als Kommunist verfehmt

Nach Kriegsende engagierte sich Wilhelm Hammann erneut für die KPD, hatte Schwierigkeiten mit reaktionären US-Militärs und Denunzianten, so dass er erst nach Protesten der KZ-Häftlinge aus vielen Ländern, auch der Sowjetunion, aus einer Internierung entlassen wurde und seine Arbeit für die KPD weiter durchführen konnte. Die hessische KPD protestierte damals gegen die „Entnazifizierung“, etwa des berüchtigten Polizeibeamten Fries aus Frankfurt, der letztendlich dennoch rehabilitiert wurde. Wilhelm Hammann wurde im Oktober 1945 Landrat in Groß-Gerau.

Ein tolles Schulprojekt des mittlerweile verstorbenen Kollegen Geert Platner mit einer Kasseler Schule über die Nazi-Erziehung engagierte sich für Wilhelm Hammann. Auch die GEW und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) kämpften gegen eine ganze Reihe von nicht haltbaren Einwänden dafür, dass Wilhelm Hammann nicht in Vergessenheit gerät, ja, dass er endlich geehrt wird. Das ist eine ganz

eigene Geschichte, die unser Kollege Bernd Heyl sicher noch einmal klar analysieren wird. Festgehalten werden kann, dass die antikommunistische Quertreibung örtlicher Prominenz gegen die Bemühungen für die Ehrung Wilhelm Hammanns nicht erfolgreich war – im Gegenteil.

1984:

Ehrung durch Yad Vashem

Vor gut vierzig Jahren, 1984, wurde Wilhelm Hammann von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt. Die antikommunistischen Gegner der Erinnerung und Ehrung von Wilhelm Hammann waren perplex, und so siegte der Kampf von Bernd Heyl und seinen Mitkämpfenden aus Schulen und Gewerkschaften dann doch! Von den über 20.000 in Jerusalem mit der Pflanzung eines Baums an der „Straße der Gerechten“ Geehrten sind über 4.000 aus den Niederlanden. Nur knapp über 600 Personen kommen aus Deutschland. Wilhelm Hammann ist einer von ihnen.

Es ist und bleibt die Aufgabe der GEW, gerade angesichts der AfD mit ihrer Forderung nach einer „erinnerungspolitischen Wende“, die Aufklärung weiter voranzutreiben: Über die Nazi-Diktatur, über den Widerstand in Deutschland, über Treblinka und Sobibor, über die Notwendigkeit des Krieges der Anti-Hitler-Koalition gegen Nazi-Deutschland und über die Notwendigkeit der Besetzung Deutschlands nach dem 8. Mai 1945 durch die Truppen der Anti-Hitler-Koalition. Die Erinnerung an Menschen wie Wilhelm Hammann gehört unbedingt dazu.

Zum Weiterlesen

Platner, Geert (Hrsg.): Schule im Dritten Reich. Erziehung zum Tod. München 1983.

Heyl, Bernd: Ein „Gerechter unter den Völkern“ – Wilhelm Hammann. In: R. Knigge-Tesche, A. Ulrich (Hrsg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933–1945. Frankfurt am Main 1996, S. 236–247.

Auch der Wikipedia-Eintrag zu Wilhelm Hammann ist sehr lesenswert:
https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Hammann

Einige eher unbekannte Informationen zu Wilhelm Leuschner

Es kann hier nur in Kürze angerissen werden: Innenminister Wilhelm Leuschner stellte 1928 einen Strafantrag wegen Beleidigung gegen Wilhelm Hammann, der als presserechtlich Verantwortlicher der KPD-Betriebszeitung für Opel-Rüsselsheim aufgeführt war. In dieser Betriebszeitung wurde ein Polizeieinsatz „der Leuschner Polizeitruppe“ in Worms, bei dem zwei Arbeiter getötet wurden, scharf kritisiert. Tatsächlich wurde Wilhelm Hammann am 17. Oktober 1930 wegen Beleidigung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Er erhielt zudem 1931 Berufsverbot (Platner/Schneider: Wilhelm Hammann, Bochum 2021, S. 12-13).

1929 verabschiedete der Darmstädter Landtag ein vom Innenministerium unter Leuschner eingebrachtes „Gesetz zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“, durch das den Sinti und Roma unter anderem „Reisen und Rasten in Horden“, also in Familienverbänden, verboten wurden (Mühlhausen Walter: Hessen in der Weimarer Republik, 1918-1933, Frankfurt am Main 2021, S. 149). Leuschner mit seiner deutsch-nationalistischen Grundhaltung setzte sich sogar gegen SPD-Kollegen durch, die – zu Recht – bezweifelten, dass das Gesetz verfassungsgemäß sei.

Schließlich aber stimmte nur die KPD im Landtag dagegen und protestierte gegen das „ausgesprochene Ausnahmegesetz“ (Hessischer Landtag, Sitzung am 21. März 1929). Die systematische Erfassung der Fingerabdrücke der gewerbetreibenden Sinti und Roma half später dem Mordprogramm der Nazis. Wilhelm Leuschners Aktivitäten gegen Sinti und Roma wurden von seinen apologetischen Biographen ganz ausgeklammert (Leithäuser 1962) oder nach Protesten (Engbring-Romang, 2001, S. 118-121) zwar erwähnt, aber verharmlost: Das rassistische Gesetz sei „kein Ruhmesblatt“ gewesen, aber Antiziganismus war „zur damaligen Zeit“



Quelle: Wilhelm-Leuschner-Stiftung Archiv-Nr. DA314 Serie Ministerportraits Februar 1928 aus dem Atelier Dippold Frankfurt/Main

halt so – heißt es relativierend bei Axel Ulrich (Wilhelm Leuschner – Ein deutscher Widerstandskämpfer, Wiesbaden 2012, S. 27).

Der Ex-Innenminister Wilhelm Leuschner wurde 1933 als Minister und SPD-Funktionär zunächst präventiv von „seiner“ Polizei verhaftet, wieder freigelassen, wieder verhaftet. Zusammen mit dem ehemaligen SPD-Reichswehrminister Gustav Noske (bekannt als „Bluthund“ bei der mörderischen Niederschlagung sozialistisch-kommunistischer Aktivitäten in der Novemberrevolution 1918 und den folgenden Jahren) verband er sich in der NS-Zeit mit Teilen der am 20. Juli 1944 putschenden Generäle (deren Ziel: Gegen die kommunistischen Russen, für einen Frieden mit dem Westen). Er hatte zwar gute Beziehungen in die Gestapo hinein und in diverse Polizeistellen, noch aus seiner Zeit als Innenminister. Aber er wurde dennoch als Teilnehmer und Mitwisser des Putschversuches nach dem 20. Juli verhaftet und hingerichtet. Nach ihm ist die Wilhelm-Leuschner-Medaille des Landes Hessen benannt.